



Aufklären, ohne zu verklären: Museen wie das Ruhrmuseum in Essen prägen die Erinnerung an die industrielle Vergangenheit. FOTO RUHR MUSEUM/BRIGIDA GONZÁLEZ

Der Schmutz fehlt im Museum

BOCHUM. Wenn der Bergbau im Ruhrgebiet endet: Was ändert sich dadurch für das Ruhrgebiet und die Menschen? Erst mal nicht viel, die Zechen sind für die meisten nur noch Erinnerung. Und die verblasst langsam, aber sicher.

Von Benjamin Legrand

Erinnerungen prägen Heimat, Tradition, Lebenswelt heute und morgen. Erinnerungen werden aber auch selbst geprägt – durch Medien, durch Erzählungen oder durch Museen. Der Historiker Professor Stefan Berger (kl. Foto), Direktor des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum, über den komplexen Aushandlungsprozess, an dem wir alle auch unbewusst teilnehmen.

Was bleibt nach dem Ende des Bergbaus 2018 erhalten?

Im Ruhrgebiet bleibt sehr viel erhalten. Wir haben hier eine der reichsten Industriekulturlandschaften der Welt. Diese Dichte ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal der Region.

Erinnerungsorte sind nicht nur Fördergerüste und Maschinenhallen. Was würde man noch dazuzählen?

Alles, was nicht in Stein und Eisen überliefert ist, ist schwerer zu fassen – aber trotzdem ist es ebenso wichtig. Dazu gehört eine ganze Palette von Dingen: Sprache, Freizeitaktivitäten, bestimmte Alltagskultur wie Esskultur. Man denke an Currywurst oder Bier. Natürlich gibt es heute weniger Brauereien als früher, aber ich glaube doch, dass viele Menschen im Ruhrgebiet sich stark mit ihrem in Dortmund, Bochum oder Essen gebrauten Bier identifizieren.

Einzelne Brauereien gibt es ja noch. Aber die Sprache verschwindet. Wie kann man das bewahren?

Mein Eindruck ist, dass der lokale Dialekt nach wie vor lebt. Er verändert sich natürlich über die Zeit wie die gesamte Kultur der Region. Eine wichtige Funktion für Bewahrung haben dann die Institutionen, die das kulturelle Gedächtnis der Region formen. Dazu gehören Orte der Industriekultur, aber natürlich auch die Museen.

Gewisse Ruhrpott-Sachen werden stilisiert, andere werden vergessen, oder?

Das wird die Zukunft zeigen, was bewahrt, wie es bewahrt und auch was vergessen werden wird. Die Region als Region entstand ja erst im Industriezeitalter. Und man kann sich Szenarien vorstellen, in denen das Ruhrgebiet als Ruhrgebiet mit dem Ende des Industriezeitalters auch wieder untergeht.

Kann man das steuern? Können das Politik, Museen, Vereine?

Der Prozess ist nicht unkontrolliert, aber es gibt sehr viele Akteure mit unterschiedlichen Zielen. Die Erinnerungsakteure der Region sind allerdings im Vergleich zu anderen ehemaligen industriellen Regionen sehr einheitlich strukturiert, sie haben eine gemeinsame Agenda und auch die Macht, diese Agenda durchzusetzen. Im Prinzip gibt es in der Region eine große Einigkeit, dass die Region als Region fortbestehen soll, weil man stolz ist auf das, was die Region in der Vergangenheit erreicht hat und was sie den Menschen in ihren identitären Haushalten heute bedeutet.

Welche Akteure sind das?

Also, da kann man politisch eine breite Koalition von fast allen politischen Parteien ausmachen, sicherlich von SPD und CDU. Man hat regionalpolitische Player wie den Regionalverband Ruhr, die großen Unternehmen, die Industriellen, die Politiker, nicht zuletzt die Gewerkschafter formen eine große Allianz, die die Zukunft des Ruhrgebiets als Ruhrgebiet gestalten will.

Trotzdem gibt es ja Kräfte gegen derlei Allianzen, andere Identitäten. Identität ist ja wie eine Zwiebel mit vielen Häuten. Im Kern der Stadtteil, dann die Stadt, die Region, Westfalen, vielleicht NRW, dann Deutschland und Europa. In Dortmund ist man westfälisch, in Haltern ist man Münsterland, in Duis-

Burg ist man Niederrhein.

Das ist sicherlich richtig. Es gibt im Ruhrgebiet ausgeprägte lokale Identitäten, auch ausgeprägte städtische Identitäten. Es gibt dann die große Trennung zwischen Rheinland und Westfalen. Aber trotz dieser verschiedenen regionalen Identitäten gibt es bislang eine starke Identität als Ruhrgebiet.

Ich kann mich in einer Situation als Rheinländer vom Westfalen abgrenzen, und trotzdem kann ich in einer anderen Situation die Gemeinsamkeiten des Ruhrgebietes betonen.

Die „Situation“ Bergbau ist Ende 2018 beendet, die Klammer Kohle ist weg. Was verändert sich dadurch?

Kohle und Stahl sind im Ruhrgebiet mittlerweile Teil des kulturellen Gedächtnisses. Das heißt, sie sind physisch weitgehend schon jetzt nicht mehr da, aber in den Erinnerungshaushalten sind sie sehr präsent.

Es gibt einen überbordenden Regionalismus. Man findet überall Schürzen oder Tassen mit Zechenturm. Oder denken Sie an die Tankstelle an der A40 bei Dortmund-Lütgendortmund mit einem Fördergerüst. Im Erinnerungshaushalt bleibt das Industriezeitalter die dominante Schicht, die die Identität der Region noch bestimmt.



„Glückauf“ sagen viele Oberbürgermeister. In der Straßenbahn sagt keiner „Glückauf“. Hat sich da was verschoben? Es gab immer Unterschiede zwischen dem proletarischen Ruhrgebiet, der breiten Masse und der kleineren, immer größer werdenden bürgerlichen Schicht, die sich immer abgegrenzt hat vom proletarischen Ruhrgebiet. Jetzt ist der Eindruck, dass das Ruhrgebiet eher ein Elitenprojekt ist.

Völlig einverstanden. Es ist ein interessantes Phänomen, dass sich die gerade an Kohle- und Stahl-orientierte Identität verschoben hat. Heute wird sie zelebriert von einem

Bürgertum, das im Ruhrgebiet ein anderes ist als in Göttingen oder Marburg oder Köln. Es ist ein funktionales Bürgertum, das aber familiäre Wurzeln im Bergbau oder Stahl hat. Es wird heute besonders zelebriert in den Schichten, die die Ikonen der Industriekultur und die Festivals besuchen oder die ins Museum gehen. Während diejenigen, die den proletarischen Schichten nach wie vor angehören, weniger an diesem kulturindustriellen Geschehen teilnehmen.

Das wäre mal eine stärkere empirische Forschung wert, wie in den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem Migrantenanteil die Wahrnehmung dieser zelebrierten Industriekultur ist. Das wäre interessant zu sehen. Wir haben ja gerade in den sozialen Brennpunkten im Norden des Ruhrgebiets einen hohen Anteil von AfD-Wählern. Viele haben da schon das Gefühl, in der postindustriellen Gesellschaft zu den Verlierern zu gehören. Es würde mich nicht wundern, dass dort diese Ruhrgebiets-Industrie-Identifikation weniger gut ankommt als unter denjenigen sozialen Schichten, die sich als Gewinner dieses Prozesses verorten.

Das erinnert an die Ursprünge der Industriekultur. 1969 wurde die Maschinenhalle von Zeche Zollern als erste unter Denkmalschutz gestellt, danach die Siedlung Eisenheim in Oberhausen. Stets kam der Impuls zur Bewahrung von Außenstehenden.

Das ist sehr unterschiedlich. Bei der legendären Rettung von Eisenheim war es gerade die Allianz von bürgerlichen Schichten – Professor Roland Günter in dem Fall – und den Anwohnern, die die Rettung durchsetzten. Natürlich: Die Maschinenhalle Zollern wäre nicht gerettet worden, wäre sie nicht ein Juwel des Jugendstils – also klassische, bürgerlich-ästhetische Qualitätskriterien. Insgesamt sieht das sehr unterschiedlich aus: Auch unter den ehemaligen Belegschaften gibt es diejenigen, die sagen: „Reiß den Mist weg“, und diejenigen, die sich sehr liebevoll um ihren ehemaligen Arbeitsplatz kümmern.

Kann man eine zeitliche Entwicklung feststellen? RAG und Gewerkschaften waren lange gegen Industriekultur. Die wollten Arbeitsplätze und keine Museen.

Das ist sicher richtig. Es ging um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Es war auch ein langwieriger Lernprozess, der seinen wirklich Durchbruch erst in den 1990ern mit der IBA-Emscherpark fand.

Es ist schon bezeichnend, dass die Identifikation mit dem Bergbau zunahm, je weniger es reale Arbeit im Bergbau gab. Das Schmutzige, das Schmierige ist sehr schwer reproduzierbar in der Industriekultur. Im Museum ist es nie so schmutzig wie im tatsächlichen Bergbau.

Das ist immer ein Vorwurf an die Industriekultur, dass sie mit Events und Sektglas weit weg von harter Arbeit und Kohle ist.

Es gibt ein Ästhetisieren von Industriearbeit, die von der tatsächlichen Erfahrung der Menschen an diesen Arbeitsplätzen wegführt. Es gibt zugleich auch eine Form von Nostalgie, die bestimmte Werte wie Solidarität zu bewahren versucht.

Ein weiterer Vorwurf ist der des lähmenden Antiquarismus – Stillstand durch Industriekultur.

Das Antiquarische ist eine unkritische Zelebrierung des Vergangenen. Das bedeutet, dass das Vergangene um seiner selbst Willen zelebriert wird und man nicht mehr danach fragt, was die Verbindung des Vergangenen mit dem Gegenwärtigen und dem Zukünftigen ist. Es gibt diese Gefahr auch bei der Industriekultur. Ich glaube, wir brauchen deshalb eine Geschichtsbetrachtung, die eine gebrauchsfähige Vergangenheit präsentiert.

Was bedeutet das konkret?

Man muss die Vergangenheit mit der Gegenwart und der Zukunft verbinden. Aus der Vergangenheit sollte sich ein Zukunftsnarrativ, eine Zukunftserzählung ergeben. Das sind kontroverse und höchst politische Fragen. Diese Diskussion muss im Ruhrgebiet stärker geführt werden.

Außerdem muss man stärker schauen, wie man den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft weiter vermittelt. Die Mittelschicht rezipiert das schon sehr gut, aber was ist mit den sozialen Unterschichten, die sich überproportional aus migrantischem Hintergrund rekrutieren? Die erreicht man noch nicht mit dem vorhandenen Angebot der Industriekultur.

Gericht verbietet PayPal-Gebühren bei FlixBus

Wer sein Ticket über den Dienst bezahlt, darf nicht extra belangt werden.

München. Wer online ein Busticket mit PayPal bezahlen will, muss dafür fortan keine Extra-Gebühren mehr fürchten. Das Münchner Landgericht hat dem Fernbusunternehmen FlixBus untersagt, eine solche Gebühr für die PayPal-Bezahlung von seinen Kunden zu fordern. Das Urteil vom Donnerstag ist zwar noch nicht rechtskräftig. Aber es gibt zum ersten Mal eine Antwort auf eine umstrittene Frage: Fällt Paypal unter das Gebührenverbot, das seit Anfang des Jahres für die meisten Zahloptionen im Internet gilt, oder nicht? (Az.: 17 HK O 7439/18)

Das Landgericht hat diese Frage mit Ja beantwortet. Geklagt hatte die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs. PayPal ist ein börsennotierter Online-Bzahldienst, über den Transaktionen abgewickelt werden. Die Kunden können dafür ihr Bankkonto oder ihre Kreditkarte hinterlegen, müssen dies laut Gericht aber nicht.

Seit Januar sind vor allem Gebühren für die Zahloptionen mit Kreditkarten wie Visa oder Mastercard verboten, also „für die Nutzung einer Sepa-Basislastschrift, einer Sepa-Firmenlastschrift, einer Sepa-Überweisung oder einer Zahlungskarte“, wie es im Gesetz heißt. Bislang wurde das so ausgelegt,

dass PayPal nicht unter das Verbot fällt.

FlixBus hatte deshalb argumentiert, dass es sich bei der Zahlungsart mit Paypal nicht um eine Sepa-Überweisung oder eine Sepa-Lastschrift im Sinne des gesetzlichen Verbots handele.

Doch der Vorsitzende Richter am Münchner Landgericht sah das anders. Letztlich werde bei PayPal bei einer „Vielzahl der Transaktionen entweder eine Sepa-Überweisung oder eine Sepa-Lastschrift“ verwendet, oder eben eine Kreditkarte. Das Gesetz gelte damit auch für PayPal. FlixBus darf daher die Kosten, die dem Unternehmen durch die Bezahloption entstehen, nicht an die Kunden weiterreichen. dpa



Das Landgericht München hat FlixBus in die Schranken gewiesen. FOTO DPA

China schlägt in Huawei-Affäre zurück

Zweite Festnahme eines Kanadiers

Peking. Die Spannungen zwischen China und Kanada wegen der Affäre um die Finanzchefin des chinesischen Telekom-Riesen Huawei, Meng Wanzhou, haben sich mit der Festnahme eines zweiten Kanadiers weiter verschärft. Wie bereits dem Ex-Diplomaten Michael Kovrig wird auch dem Korea-Experten Michael Spavor vorgeworfen, in Aktivitäten verwickelt zu sein, die „die nationale Sicherheit gefährden“. Das teilte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am Donnerstag mit.

Das Vorgehen wird von Beobachtern als mögliche chinesische Vergeltung für die Festnahme der Tochter des Huawei-Gründers Ren Zhengfei in Kanada auf Antrag der USA angesehen.

Die in China festgenommenen Kanadier arbeiten für regierungsunabhängige Organisationen. Die Ermittlungen gegen Spavor seien am Montag aufgenommen worden, hieß es laut China News Service, was auf den Tag der Festnahme schließen lässt. Die Formulierung war fast wortgleich mit dem Vorwurf gegen den Nordostasien-Fachmann der in Brüssel ansässigen Crisis Group, Kovrig, der ebenfalls am Montag festgenommen worden war. Pekings Außenministerium teilte mit, dass die Organisation, die Analyse und Politikberatung zu Konfliktsituationen anbietet, „in China nicht rechtlich registriert“ sei und ihre Aktivitäten in China damit illegal seien. dpa

Tipp des Tages

Urlaubsgeld darf nicht gekürzt werden

EuGH-Urteil zu Kurzarbeit

Luxemburg. Beschäftigte in Kurzarbeit müssen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht hinnehmen, dass der Arbeitgeber ihnen das Urlaubsgeld pauschal kürzt. Sie hätten während ihres rechtlich garantierten Jahresurlaubs ungeachtet vorheriger Kurzarbeitszeiten Anspruch auf normale Vergütung, ent-

schieden die Luxemburger Richter am Donnerstag. Allerdings hänge die Dauer des gewährten Jahresurlaubs von der tatsächlichen Arbeitszeit ab. Damit könne Kurzarbeit dazu führen, dass auch der Jahresurlaub gekürzt werde.

Hintergrund ist die Klage eines Betonbauers vor dem Arbeitsgericht Verden. dpa